

Erläuternder Bericht des Vorstands zu den Angaben nach §§ 289 Abs. 4 und Abs. 5, 315 Abs. 4 HGB zum 31. Dezember 2014

I) Erläuternder Bericht zu den Angaben nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB

Wie in § 176 Abs. 1 Satz 1 AktG vorgesehen, erläutern wir hiermit die nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB erforderlichen Angaben im zusammengefassten Lagebericht der Homag Group AG und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2014 ("zusammengefasster Lagebericht") wie folgt:

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Wie im zusammengefassten Lagebericht ausgeführt, beträgt das Grundkapital der Homag Group AG EUR 15.688.000,00 und setzt sich aus 15.688.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien zusammen, auf die ein anteiliger Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Aktie entfällt.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Im zusammengefassten Lagebericht wird ferner ausgeführt, dass im Einzelnen benannte Aktionäre am 10. Oktober 2014 eine Stimmbindungsvereinbarung geschlossen haben, die neben Beschränkungen hinsichtlich der Stimmrechte auch Beschränkungen hinsichtlich der Übertragung von Aktien enthält. Weitere Beschränkungen solcher Art sind dem Vorstand nicht bekannt, insbesondere keine Beschränkungen, die sich aus Vereinbarungen zwischen Aktionären ergeben können.

Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 Prozent der Stimmrechte überschreiten

Wie im zusammengefassten Lagebericht ausgeführt, war die Deutsche Beteiligungs AG, Frankfurt am Main, und die von ihr verwalteten Parallelfonds bis 10. Oktober 2014 mit mehr als 10 Prozent am Grundkapital und an den Stimmrechten der Gesellschaft beteiligt. Seit 10. Oktober 2014 ist die Dürr Technologies GmbH, Stuttgart, mit mehr als 10 Prozent am

Grundkapital und an den Stimmrechten der Gesellschaft beteiligt. Gleiches gilt für Gerhard Schuler, Freudenstadt, sowie für Mareike Hengel, Freudenstadt, Silke Schuler-Gunkel, Freiburg, Dr. Anja Schuler, Zürich, sowie die Erich und Hanna Klessmann Stiftung, Gütersloh, denen aufgrund der oben genannten Stimmbindungsvereinbarung mehr als 10 Prozent der Stimmrechte der Gesellschaft zugerechnet werden.

Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung

Bei den im zusammengefassten Lagebericht aufgeführten gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und die Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung handelt es sich um übliche Vorschriften, die im Wesentlichen auf zwingendem Aktienrecht beruhen.

Befugnisse des Vorstands insbesondere hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Im zusammengefassten Lagebericht wird die Ermächtigung des Vorstands durch die Hauptversammlung vom 28. Mai 2010 dargestellt, bis zum 30. April 2015 eigene Aktien der Gesellschaft gem. § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu erwerben. Der Erwerb erfolgt nach Wahl des Vorstands a) über die Börse oder b) mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots. Die Ermächtigung sieht u.a. vor, dass die erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss eingezogen werden können. Sie können ferner mit Zustimmung des Aufsichtsrats auch in anderer Weise als über die Börse oder durch öffentliches Angebot an alle Aktionäre veräußert werden, sofern die Aktien gegen Barzahlung und zu einem Preis veräußert werden, der den Börsenpreis von Aktien der Gesellschaft gleicher Gattung und Ausstattung zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Weiter sieht die Ermächtigung vor, dass der Vorstand die erworbenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats Dritten im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder bei einem Erwerb von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen anbieten kann. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf eigene Aktien ist insoweit ausgeschlossen.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots

Ferner werden im zusammengefassten Lagebericht die wesentlichen Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, und die hieraus folgenden Wirkungen dargestellt. Die Homag Group AG hat in dem im zusammengefassten Lagebericht erwähnten Konsortialkreditvertrag die vorzeitige Rückzahlungspflicht im Falle eines Kontrollwechsels akzeptiert. Für die Kreditgeber war diese – durchaus übliche – Regelung Voraussetzung für den Abschluss des Kreditvertrags. Im Berichtsjahr 2014 haben die Konsortialbanken der Übernahme durch die Dürr Technologies GmbH zugestimmt.

Erläuterungen zu den Sachverhalten nach §§ 289 Abs. 4 Nr. 4, 315 Abs. 4 Nr. 4 HGB (Inhaber von Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, nebst Beschreibung dieser Sonderrechte), nach §§ 289 Abs. 4 Nr. 5, 315 Abs. 4 Nr. 5 HGB (Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben) sowie nach §§ 289 Abs. 4 Nr. 9, 315 Abs. 4 Nr. 9 HGB (Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots) sind im Hinblick auf das Fehlen solcher Sachverhalte nicht erforderlich.

Der Vorstand ist der Auffassung, dass die vorhandenen Instrumente mit Ausnahme der Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, nicht geeignet sind, eine Übernahme zu erschweren.

II) Erläuternder Bericht zu den Angaben nach § 289 Abs. 5 HGB

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess, dessen wesentliche Merkmale im zusammengefassten Lagebericht beschrieben werden, soll gewährleisten, dass unternehmerische Sachverhalte bilanziell richtig erfasst, aufbereitet und gewürdigt und so in die externe Rechnungslegung übernommen werden.

Die Organisations-, Unternehmens- sowie Kontroll- und Überwachungsstruktur sowie die hinreichende Ausstattung des Rechnungswesens in personeller und materieller Hinsicht stellen die Grundlage für ein effizientes Arbeiten der an der Rechnungslegung beteiligten Bereiche dar. Klare gesetzliche und unternehmensinterne Leitlinien sorgen für einen einheitlichen und ordnungsgemäßen Rechnungslegungsprozess.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Homag Group AG führt dazu, dass die Rechnungslegung bei der Gesellschaft sowie bei den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften einheitlich ist und im Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben sowie internen Leitlinien steht. Insbesondere hat das konzerneinheitliche Risikomanagementsystem, das den gesetzlichen Anforderungen entspricht, die Aufgabe, Risiken rechtzeitig zu erkennen, zu bewerten und angemessen zu kommunizieren. Dadurch sollen dem Berichtsadressaten zutreffende, relevante und verlässliche Informationen zeitnah zur Verfügung gestellt werden.


Jedoch kann ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem, das angemessen und funktionsfähig implementiert ist, keine absolute Sicherheit zur Identifikation und Steuerung der Risiken garantieren.

Schopfloch, im März 2015

Homag Group AG
Der Vorstand



Ralph Heuwing



Harald Becker-Ehmck



Jürgen Köppel



Hans-Dieter Schumacher